

Offensiv



ZEITUNG DER MARXISTISCHEN ORGANISATION „OFFENSIV“

Preis: 1 Euro
Solidaritätspreis: 2 Euro

Nr. 1 · Sept./Okt. · 2019

DER KAPITALISMUS ZERSTÖRT DEN PLANETEN

**Gemeinsam kämpfen für eine
sozialistische Zukunft!**



Der Kapitalismus zerstört den Planeten!

Fyn Hansow

Seit fast einem Jahr gehen tausende Jugendliche unter dem Banner „Fridays for Future“ auf die Straße gegen die Zerstörung der Umwelt. Der vergangene Monat war der heißeste je gemessene Monat, acht der zehn heißesten Jahre liegen im Zeitraum seit 2008. Die Klimaziele des Pariser Abkommen, die die Erwärmung auf bis zu 2 °C beschränken wollen, wirken lächerlich im Vergleich zum Temperaturanstieg und den in Flammen stehenden Regenwäldern. Und doch ist die Politik unfähig, eine Lösung anzubieten.

Das Elend der „grünen“ Politik

All das ist die Folge des Systems, in dem wir leben: dem Kapitalismus; einer Klassengesellschaft, in der die herrschende Klasse, die Kapitalisten, die Entscheidungsgewalt darüber haben, was wie produziert wird. Diese Entscheidungen werden nicht nach dem Wohl von Mensch und Umwelt getroffen, sondern nach Profitaussichten. Das Beispiel von VW, wo über Jahre hinweg Abgaswerte manipuliert wurden, ist nur eins von vielen. Ölkonzerne riskieren lieber gewaltige ökologische Katastrophen, anstatt in teurere Schutzmaßnahmen zu investieren.

Das Freihandelsabkommen MERCOSUR ist nur die Spitze des Eisbergs der schmutzigen Geschäfte zwischen Deutschland, der EU, Brasilien und Co., die die „grüne Lunge“ des Planeten, die Regenwälder, zerstören. Bolsonaro treibt im Großen, was in den Urwäldern Rumaniens oder im Hambacher Forst schon seit Jahren Realität ist. Kapitalistische Unternehmen produzieren auf Kosten von Mensch und Umwelt, für die Profite einer kleinen Minderheit.

Die etablierte Politik von schwarz bis grün ist nicht viel mehr als die Interessensvertretung der Kapitalisten im Parlament. Lobbyisten und „Parteispenden“ stellen sicher, dass

keine Entscheidung gegen die Großindustrie getroffen wird. Die Grünen haben 2016 dem weiteren Kohleabbau im Hambacher Forst zugestimmt und sich auf die Seite von RWE gestellt. Angela Merkel, die den letzten FFF-Aktionstag unterstützt hat, hat die Verbrechen der VW-Manager gedeckt und für ihre Straffreiheit gesorgt. Politiker wie sie nutzen die Bewegung, um soziale Angriffe wie eine „Öko-Steuer“ durchzudrücken. Zum gleichen Zweck nutzen die bürgerlichen Medien die Gallionsfigur Greta Thunberg. Und selbst da, wo einmal Reformen gegen alle Widerstände der Kapitalisten ins Auge gefasst werden, ist der Spielraum klein. Nichts kann daran etwas ändern, dass Umweltschutz eine Systemfrage ist. Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, eine Antwort auf die dringendste Frage der Menschheit zu liefern.

CO2-Steuer und Fleischverzicht?

Da, wo tausende Jugendliche anfangen, die wiederkehrende Leier der „Alternativlosigkeit“ der Situation in Frage zu stellen, reden Politiker und führende „Klimaaktivisten“ von der „Verantwortung jedes Einzelnen“ und Verzicht. Wir weisen das zurück. 71% des globalen CO₂-Ausstoßes werden von 100 Unternehmen produziert. Zusammen mit der maßlos steigenden Ungleichheit zeichnet sich ein klares Bild: Sind wirklich wir beteiligt, wenn über Pestizide oder die Kohleindustrie entschieden wird? Unsere Demokratie endet da, wo die Interessen der Privatwirtschaft beginnen.

Unsere Entscheidungsfreiheit im Kapitalismus ist ein Witz. Wer das Geld hat kann im Supermarkt zu den teuren „ökologisch gerechten“ Produkten greifen, ohne der Produktionsbedingungen sicher zu sein; wir können zwischen verschiedenen Marken wählen, ohne die Verbindungen der Tochter- und Mutterkonzerne zu kennen. Aber dass wir im Kapitalismus über unsere Nachfrage die Produktion kon-

trollieren, ist eine Lüge. In den letzten zehn Jahren ist der Fleischkonsum in Deutschland zurückgegangen, aber die Produktion hat zugenommen und ca. 30% der produzierten Lebensmittel weltweit werden weggeworfen. Der „freie Markt“ funktioniert über Investitionsmöglichkeiten und Renditeaussichten, nicht über die Nachfrage der Verbraucher.

Umso heuchlerischer sind Maßnahmen wie die CO2-Steuer. Mit dieser lächerlichen Lüge, dass wir Schuld am Klimawandel wären, weil wir Auto fahren oder einmal im Jahr in den Urlaub fliegen, während 10% der reichsten Menschen verantwortlich sind für 49% der weltweiten Emissionen, sollen für uns die Kosten angehoben werden. Für Viele würde eine solche Steuer eine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen bedeuten. Und soziale Fragen wie nach dem Erhalt der Arbeitsplätze und besseren Arbeitsbedingungen steht nicht im Widerspruch zur Klimabewegung, sondern ist untrennbar mit ihr verbunden.

Für eine demokratische und antikapitalistische Bewegung der Arbeiterklasse und Jugend!

Die Lösung kann nur ein gemeinsamer Kampf gegen die zerstörerische kapitalistische Marktwirtschaft sein: Für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und ihre demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die Beschäftigten! Auf diese Weise können wir eine Gesellschaft erkämpfen, in der die Bedürfnisse von Allen entscheidend sind.

Wir stehen Schulter an Schulter mit allen Schülern, Arbeitern und Studenten, die den Aufrufen zum Klimastreik folgen. Aber wir sehen auch, wie Politiker und Lobbyisten versuchen, unsere Bewegung für ihre Interessen zu missbrauchen. Dagegen brauchen wir wirklich demokratische Strukturen, mit regelmäßigen offenen Treffen und wähl- und abwählbaren Sprechern. Auf diese Weise müssen wir uns auch in den Betrieben organisieren und richtige Streiks vorbereiten, statt nur auszustempel, wie es der ver.di-Vorsitzende Bsirske vorgeschlagen hat. Die Arbeitgeber versuchen uns zu erzählen „ökologischer Umbau“ und „Digitalisierung“ ginge nur mit dem Abbau von Arbeitsplätzen. Sie nutzen diese Lüge, um uns zu spalten und Stellen zu streichen. Doch die Umwandlung der Industrie in nachhaltige Produktion, die Modernisierung der Arbeitsplätze und eine damit verbundene Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich könnten massiv Stellen geschaffen werden – zum Wohl der ganzen arbeitenden Bevölkerung. Das gelingt nur, wenn wir zusammenstehen. Denn Fragen vom Schutz unserer Natur und unserer Arbeits- und Lebensbedingungen betreffen uns Alle – deswegen können wir sie auch nur vereint beantworten. Und nichts macht die Bewegung so kraftvoll wie der Schulterschluss mit den Beschäftigten: sie haben die Kraft, in den Streik zu treten, die Betriebe lahm zu legen und den Arbeitgebern Millioneneinbußen zu beschweren – der Streik wäre die stärkste Waffe in unserem Kampf! ■

Gründungskongress der Internationalen Revolutionären Linken

Jule Lange

Vom 19. bis 21. Juli 2019 fand der Gründungskongress der Internationalen Revolutionären Linken (IRL) in Madrid statt. 160 Genossen aus dem spanischen Staat, Portugal, Mexiko, Venezuela und Deutschland nahmen teil. Es waren drei Tage gefüllt mit intensiven Debatten, über die Perspektiven des Klassenkampfes und die historische Periode, in der wir leben. In diesen Tagen haben wir unseren Willen und unsere Entschlossenheit gestärkt, die Kräfte des internationalen Marxismus auszubauen.

Der Kongress begann mit Debatten über die internationale Lage und die schwere Krise des Kapitalismus. Dies zeigt sich unter anderem in den Aufständen im Sudan, in Hongkong, dem Iran und Lateinamerika, den Gelbwesten in Frankreich usw. Doch auch der Aufstieg der weltweiten Rechten als Reaktion auf die Krise des Kapitalismus wurde

analysiert, genau wie die Erfolge von linken Kräften unter Sanders und Corbyn. Die aktuelle Lage und die Ereignisse der letzten Jahre in Lateinamerika und dem Nahen Osten bestätigen Trotzki's Theorie der permanenten Revolution.

Aufbau der Marxistischen Kräfte

Wir haben diskutiert, welche Arbeit unseren internationalen Sektionen bevorsteht und verschreiben uns auch weiterhin dem Aufbau einer revolutionären und marxistischen Partei. Sozialdemokratische Führer und andere Reformisten unterstellen der Arbeiterklasse Apathie und mangelndes Bewusstsein. Wir verstehen, dass die Arbeiterklasse in dieser Epoche nach Lösungen für die drängenden Fragen unserer Zeit sucht. Unsere Aufgabe ist es eine Partei aufzubauen, die mit Geduld und einem wissenschaftlich-sozialistischen Programm einen Weg aufzeigen kann. ■





Brexit: Historie des britischen

DER KAMPF FÜR DEN SOZIALISMUS IST DIE EINZIGE

**Victor Taibo, Exekutivkomitee von
Izquierda Revolucionaria (Spanien)**

Die jüngsten Ereignisse um den Brexit haben Großbritannien in eine der schwersten politischen und institutionellen Krisen seiner Geschichte gebracht. Der Tory-Premierminister Boris Johnson, der mit Unterstützung der Königin eingesetzt wurde, hat sich bereit erklärt, das Parlament vom 10. bis zum 14. Oktober auszusetzen. So will er verhindern, dass der wacklige Verhandlungsprozess, der vor dem 31. Oktober – der Frist für eine Einigung mit der EU – stattfindet, beeinträchtigt und hinterfragt wird.

Diese Maßnahme zeigt die Degradierung des Parlamentarismus nicht nur in Großbritannien, sondern in zahlreichen Ländern, in denen die bürgerliche Demokratie fest etabliert schien. Es ist ein autoritärer und bonapartistischer Schritt, der zeigt, wie nah ein Teil der britischen herrschenden Klasse den Methoden und dem Programm von Trump und anderen rechtspopulistischen Regierungsoberhäuptern in Europa und Lateinamerika sind.

Eine Woche später hat Johnson seine beschränkte absolute Mehrheit im Parlament aber schon verloren. Mit den Fürstimmen von 27 Parlamentsabgeordneten der Tories wurde ein Gesetz erlassen, das die Regierung zwingt, bei der EU eine Verlängerung der Verhandlungen zu beantragen, sollte es keine Einigung geben oder das Parlament einem No-Deal-Brexit nicht zustimmen. Johnson hat das beantwortet, indem er die 27 Querulanten aus der konservativen Parlamentsgruppe ausschloss und so die historische Krise der Partei weiter vertiefte. In dieser unvorhersehbaren Situation steigt die Wahrscheinlichkeit von Neuwahlen, um einen Ausweg aus dieser Krise aufzuzeigen und die öffentliche Unzufriedenheit im Zaum zu halten. Aber auch ein solcher „Ausweg“ bringt Schwierigkeiten mit sich jetzt wo Corbyn sich gegen direkte Wahlen ausgesprochen hat, bis das Parlament ein Gesetz bestätigt, das einen No-Deal-Brexit verhindern soll.

Die Tiefe der Brexit-Krise steht in Zusammenhang mit der schweren sozialen Krise, die Großbritannien seit Jahrzehnten erlebt. Die Lebensrealität der Arbeiterklasse und Jugend wurde von Verschlechterungen der Lebensbedingungen geprägt, von zunehmender Ungleichheit und sich anhaltend verschlechternden Arbeitsbedingungen. Das ist eine Folge der ständigen sozialen Kürzungen besonders nach der Rückkehr der Tories in die Regierung 2010. Nach einer Studie der Joseph Rowntree Stiftung aus dem Jahr 2017 leben 8 Millionen Erwachsene, 4 Millionen Kinder und 1,9 Millionen Rentner in Armut – 20% der Bevölkerung – während 3,7

Millionen Arbeiter nicht genug verdienen, um ihre Grundbedürfnisse zu decken.

Die unvorhersehbaren Folgen eines No-Deal-Brexit

Die Perspektive eines No-Deal-Brexit wird wahrscheinlicher und erhöht die Spaltung zwischen der britischen und der europäischen herrschenden Klasse. Im Kontext des Handelskrieges zwischen den USA und China und einer möglichen wirtschaftlichen Rezession würde dieses Ergebnis einen verheerenden Schlag für die EU bedeuten – deren Zukunft ebenfalls mit einem Fragezeichen versehen ist – und es wird die bestehenden Probleme nicht lösen.

Großbritannien hat im letzten Quartal einen Rückgang seines BIP um 0,2% erlitten, und die Aussichten für das nächste Quartal könnten ebenso negativ sein. Ein Bericht der Johnson-Regierung selbst hat ergeben, dass ein No-Deal-Brexit einen Zusammenbruch der Infrastruktur bedeuten würde, mit kilometerlangen Schlangen von Lastwagen, die an Grenzübergängen festsitzen. Es gäbe einen Mangel an Medikamenten, da drei Viertel davon aus Europa importiert werden; an Lebensmitteln, da Großbritannien 60% seiner Lebensmittel hauptsächlich aus der EU importiert, und Kraftstoff. Dies wird zusammen mit der beschleunigten Abwertung des Pfunds einen schwindelerregenden Preisanstieg und eine Situation einer schweren Rezession oder sogar einer Wirtschaftsdepression mit einem Rückgang des BIP zwischen 5% und 8% in den kommenden Jahren bedeuten.

Spaltungen innerhalb der herrschenden Klasse: Mit den USA oder mit Europa?

Vor dem Hintergrund eines wachsenden interimperialistischen Konflikts, vor allem zwischen China und den USA in ihrem Kampf um die Weltherrschaft, versucht ein großer Teil der britischen Bourgeoisie, vor allem aus dem Bereich des Finanzkapitals und der Exportindustrie, in der EU zu bleiben, wenn auch unter anderen Bedingungen. Andere Teile versuchen jedoch, sich den USA anzunähern und vertrauen auf die Möglichkeiten, die ein Freihandelsabkommen mit der amerikanischen Bourgeoisie bietet, im Bewusstsein der Schwächen der EU und ihrer untergeordneten Rolle in allen Bereichen der internationalen Beziehungen.

Die gegenwärtige Krise Großbritanniens ist Teil der globalen Dynamik der imperialistischen Konfrontations- und Überproduktionskrise. Europa als wirtschaftlicher und politischer Block ist zunehmend gespalten und steht vor Schwierigkeiten.

sche Krise Kapitalismus

ALTERNATIVE FÜR DIE ARBEITERKLASSE!

rigkeiten was die Vorherrschaft Deutschlands angeht, das auch mit den Auswirkungen der Rezession in seiner Industrie und dem Rückgang seiner Exporte zu kämpfen hat.

Natürlich wird auch die amerikanische Bourgeoisie von einem möglichen Abkommen mit Großbritannien profitieren und die Vasallenrolle Großbritanniens ausbauen wollen. Wie verschiedene interne Dokumente der Trump-Administration ergeben haben, würde dieses Freihandelsabkommen eine weitere Öffnung des britischen Marktes für das US-Kapital bedeuten, was im Lebensmittelsektor zu erheblichen Einschränkungen bei der Ausfuhr in die EU führen würde. Andererseits wären viele öffentliche Dienstleistungen wie der NHS ernsthaft gefährdet, da große amerikanische Unternehmen zusammen mit den britischen Unternehmen die eigentlichen Privatisierungspläne beschleunigen und die schwere soziale Krise des Landes verschärfen würden.

Nein zur nationalen Einheit! Ja zum Klassenkampf gegen die Sparpolitik und für ein sozialistisches Europa!

In solchen entscheidenden Momenten hat sich Labour-Vorsitzender Jeremy Corbyn, statt eine Massenmobilisierung und den Generalstreik zum Sturz der Tory-Regierung als wesentlichen Schritt hin zu einer linken Regierung, die mit dem Spardiktat bricht, zu fordern, als Garant für kapitalistische und institutionelle Stabilität angeboten.

Die Blairites im rechten Labour-Flügel haben eine Regierung der nationalen Einheit vorgeschlagen. Und das Schlimmste ist, dass Corbyn diese Strategie in seinem offenen Brief an alle Tory-Abgeordneten, die sich dem Brexit widersetzen, an Grüne und die Liberale vorschlägt, zusammenzuarbeiten und eine Übergangsregierung zu bilden um Neuwahlen auszurufen und einen Deal-Brexit oder ein neues Referendum zu erreichen. Das ist eine völlig falsche Politik. Am auffälligsten ist, dass die britische herrschende Klasse trotz dieser großzügigen Angebote Corbyn immer noch nicht vertraut: Sie befürchtet, dass seine Wahl zum Premierminister den Kampf der Arbeiterklasse und Jugend in antikapitalistische Richtungen fördern wird.

Corbyn muss mit dieser Position der nationalen Einheit mit den Tories, den Liberalen und dem prokapitalistischen Blairite-Flügel brechen. Dazu ist es notwendig, dass er sich auf die Politik stützt, die ihn zum Vorsitzenden von Labour gemacht hat: den Kampf gegen Sparmaßnahmen und Sozialabbau, die Verteidigung radikaler sozialer Reformen zugunsten der Arbeiterklasse oder die Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftszweige wie der

Eisenbahn, des Energiesektors oder der Wasserversorger.

Der Brexit hat die Grenzen des Wirtschaftsnationalismus populistischer und rechter reaktionärer politischer Kräfte sowie der traditionellen Sozialdemokratie und den Teilen der neuen reformistischen Linken wie Corbyn, Tsipras oder Pablo Iglesias aufgezeigt, die keinen anderen Ausweg sehen, als in der kapitalistischen EU zu bleiben und sie demokratisch zu „reformieren“. Im ersten Fall ist die wirtschaftliche Unabhängigkeit völlig unhaltbar und einfach ein Irrglaube. Ein kapitalistischer Brexit, der die von großen Monopolen in einer Zeit der globalen Rezession auferlegte Ordnung respektiert, wird mehr Entlassungen, mehr Ausbeutung, Arbeitsplatzunsicherheit und den Verlust von Rechten bedeuten. Aber die Option, in einer EU zu bleiben, die ein Club im Dienste der kapitalistischen multinationalen Konzerne ist und Tag für Tag Gesetze gegen die Arbeiterklasse erlässt ist überhaupt keine „fortschrittliche“ Position.

Weite Teile der britischen Arbeiterklasse stimmten für den Brexit, um dem europäischen Establishment und seiner unsozialen Agenda einen Schlag zu versetzen. Es war ein echtes politisches Erdbeben, das von Corbyn und seinen Mitstreitern in Labour und den Gewerkschaften genutzt werden sollte, um eine politische Offensive zu starten und die Tories mit Massenmobilisierungen zu besiegen. Aber die „linke“ Bürokratie von Labour und Gewerkschaften hat trotz der tiefen Spaltung der Tories, die sich in eine beispiellose Krise gestürzt sehen, keinen Kampf aufgenommen.

Die Lehren aus diesen Ereignissen sind klar. Die einzige Alternative ist eine breite Mobilisierung der Arbeiterklasse und Jugend zur Verteidigung eines antikapitalistischen Programms zur Lösung der schwerwiegenden sozialen Probleme von Millionen britischer Arbeiter. Um dies zu erreichen, müssen Corbyn, die Führer des TUC und der großen britischen Gewerkschaften zu massiven Mobilisierungen und einem Generalstreik aufrufen, um nicht nur die reaktionäre Johnson-Regierung, sondern alle Tories und alle kapitalistischen Parteien, die sich für Sparpolitik einsetzen, zu stürzen und alle Kürzungen und Konterreformen zurückzunehmen, die von den Konservativen seit 2010 genehmigt wurden. Die Gewerkschaftsführungen müssen ihre Politik des sozialen Friedens aufgeben. Nur so können vorgezogene Wahlen zugunsten der Arbeiterklasse durchgeführt werden, die mit Johnsons populistischer und chauvinistischer Demagogie brechen. Eine Massenmobilisierung, die ein sozialistisches Programm zur Enteignung der großen kapitalistischen Monopole und zur Verstaatlichung des Bankensystems unter demokratischer Kontrolle der Arbeiter vorschlagen würde, ist der einzig wirksame Weg, um Armut und wachsende soziale Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit und Unsicherheit, Rassismus, Mangel an öffentlichem Wohnraum zu beenden und eine angemessene öffentliche Gesundheit und Bildung für die gesamte Bevölkerung zu gewährleisten. Es gibt keine Lösung, weder innerhalb noch außerhalb der EU. Der Brexit zeigt, dass es notwendig ist, den Kampf gegen die kapitalistische EU auf der Grundlage eines revolutionären Programms zur Errichtung eines sozialistischen Europas zu führen. ■

Diese Version des Artikels ist gekürzt. Die Originalfassung findet sich unter offensiv-marxisten.blogspot.com

»Tariflich wäre eine Verbesserung weiterhin möglich«

INTERVIEW MIT KIRSTEN RAUTENSTRAUCH, BETRIEBSRÄTIN AN EINEM GROSSEN HAMBURGER KLINIKUM



Kirsten, du hast den Kampf für mehr Personal in Hamburgs Krankenhäusern von Anfang an miterlebt. Wie ist gerade die Situation?

Die Volksentscheide für mehr Personal haben in Hamburg und Bayern eine Niederlage vor dem Verfassungsgericht eingefahren. Uns wurden die von Spahn eingeführten Personaluntergrenzen zum Verhängnis. Weil Spahn die bundesweit verabschiedet hat, kann auf der Landesebene laut dem Gericht nichts mehr gemacht werden. Tariflich wäre eine Verbesserung aber weiterhin möglich.

Vor der gerichtlichen Entscheidung stand ja die Klage des Hamburger Senats. Warum kam es dazu?

Naja, es war schnell klar, dass wir einen Volksentscheid gewinnen würden. In drei Wochen haben wir 30.000 Unterschriften gesammelt. Die Leute spüren, dass sich die Arbeitsbedingungen und die Versorgung der Patienten im Krankenhaus verschlechtert haben. Darum waren auch schon beim Volksentscheid zur Privatisierung der Landeskrankenhäuser über 70% dagegen – und wurden vom Senat übergangen...

Und jetzt, nach der Entscheidung, wie würdest du die Stimmung unter den Kollegen einschätzen?

Wir erleben immer wieder, dass neue Kollegen dazustossen. Noch vor dem Gerichtsurteil hat eine Gruppe junger Pflegekräfte sich organisiert und will die Organisierung der Kollegen vor Ort vorantreiben. Ihre Reaktion auf das Gerichtsurteil war: „Wir machen weiter!“. Auch in ver.di werden immer wieder neue Diskussionen angestoßen, wie um bezahlte Pausen im Schichtdienst. Und eben die um bessere Personalbemessung – die gibt es aber schon seit 6 Jahren...

Du warst damals schon in der Tarifkommission bei ver.di. Wie ist das abgelaufen?

Wir haben uns für die Forderung nach einer besseren Personalbemessung eingesetzt, sind damit aber knapp unterlegen.

Würdest du sagen, die Arbeitgeber in Hamburg haben Angst vor einem Streik?

Auf jeden Fall! Spahn hat gesagt, jede zusätzliche Stelle in der Pflege wird voll finanziert. Von dem, was ich von

Pflegekräften aus anderen Häusern höre werden aber keine zusätzlichen Pflegekräfte eingestellt und es gibt auch keine Stellenausschreibungen in denen Krankenhäuser dafür werben. Ich weiß, dass viele wieder in den Job zurückkommen oder ihre Arbeitszeit aufstocken würden, wenn sie wüssten, dass die Arbeitsbedingungen gut wären.

Du hast vorher die Privatisierung der Hamburger Krankenhäuser angesprochen. Würdest du sagen, dass sie die Krise in den Krankenhäusern verschärft hat?

Das Fallpauschalen-System ermöglicht es den Krankenhäusern profitorientiert zu arbeiten, das haben sich vor allem die privaten Krankenhäuser zu eigen gemacht. Nicht der kranke Mensch steht im Mittelpunkt, sondern der Ertrag den man aus seiner Behandlung ziehen kann. Unser Ziel ist darum die Abschaffung einer profitorientierten Gesundheitsversorgung. Gesundheit ist keine Ware und gehört in die öffentliche Hand!

Ein letzter Punkt: In den letzten Jahren haben in den Hamburger Krankenhäusern ja viele Ausgliederungen stattgefunden. Wie siehst du das?

Für die Kollegen macht das keinen Sinn. In einem Krankenhaus greift alles wie ein Zahnrad ineinander: der Patiententransport, die Logistik und vieles andere. Das gehört nicht in ausgegliedert! Die Ausgliederungen werden zum Lohndumping genutzt und schaden dem Zusammenhalt der Kollegen. Früher, als wir noch in einer Belegschaft waren, habe ich in meiner Pause gemeinsam mit den Transportpflegern gegessen. Sie haben das Essen gebracht, ich den Küchendienst gemacht. Heute arbeitet jeder für sich. Die Ausgliederung hat zu Entsolidarisierung geführt und uns vereinzelt.

„Ein Betrieb – eine Belegschaft“ ist da ja ein bekannter Slogan. Könnte es auch im Krankenhaus möglich sein, die Kollegen wieder zusammenzuführen?

Es ist nötig, die Kollegen zusammenzubringen. Dazu braucht es eine Menge politischen Druck. ver.di hat die Mittel dazu in der Hand, vor allem aber müssen wir uns organisieren und gemeinsam dafür kämpfen, dass die ausgegliederten Bereiche wieder ingesourct werden! ■

*Das Interview führte Katharina Doll, Offensiv Hamburg
Ungekürzte Fassung auf: offensiv-marxisten.blogspot.com*

FORTSETZUNG DER RÜCKSEITE

Entschädigung durchgeführt werden können, lehnen wir ab. Wohnkonzerne machen Profit, der am Ende in der Tasche der Eigentümer landet. Denn wenn jeder Cent der Miete in Sanierung oder Instandhaltung gesteckt würde, würde sich das Unternehmen aus kapitalistischer Sicht nicht lohnen. Da Wohnkonzerne seit Jahrzehnten Profite auf dem Rücken der Mieter gemacht haben, sind wir gegen eine Entschädigung nach Marktwert der Wohnungen. Die Häuser, in denen wir leben gehören uns – wir müssen sie uns nur nehmen und alle lebensnotwendigen Wirtschaftssektoren wie Wohnen, Energie oder Gesundheit verstaatlichen. Den Beschäftigten der Wohnkonzerne müssen gleichwertige Arbeitsplätze in landeseigenen Wohnungsgesellschaften gestellt werden.

Wie wollen wir Wohnen organisieren?

Wir fordern Mieten, die nicht profitabel sind, sondern die die realen Kosten der Wohnungen abdecken. Dafür brauchen wir eine Offenlegung der Geschäftsbücher von Wohnkonzernen. Statt der Diktatur privater Unternehmer wollen wir Anwohnerversammlungen, die demokratisch über Stadtplanung, Renovierungen und Bauprojekte entscheiden. Der Kampf gegen die Wohnungskrise stößt an die Grenzen des kapitalistischen Systems – deshalb muss er mit der Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft geführt werden, in der demokratisch geplant und gewirtschaftet wird und in der nach Bedarf statt Profit entschieden wird. ■

Wer wir sind, wofür wir kämpfen

Wir kämpfen in Gewerkschaften und Bewegungen für soziale Verbesserungen, gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg und für die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft. All das können wir nicht durch ein paar Ministerposten erreichen, sondern nur durch eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft. Denn obwohl uns erzählt wird, dieses System sei „demokratisch“, weil wir alle vier Jahre wählen gehen, ist es das in Wirklichkeit nicht. Nur Wenige haben die Kontrolle über Banken und Konzerne. Sie bestimmen, zu welchen Bedingungen produziert wird. Unser ganzes Leben wird von dieser Frage beeinflusst.

Ein Ende unserer sozialen Probleme ist nur erreichbar, wenn alle Bereiche der Gesellschaft durch die arbeitende Bevölkerung demokratisch kontrolliert und verwaltet werden: durch Versammlungen in den Nachbarschaften und Schulen und Räte in den Betrieben. Eine solche Gesellschaft ist anders als das, was es im Stalinismus gab. Dort war das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft, wirkliche Arbeitermacht durch ein demokratisches Räte-System gab es aber nicht. Wir organisieren uns an der Seite der Genossinnen und Genossen der Internationalen Revolutionären Linken (IRL). Gemeinsam kämpfen wir dafür, die Diktatur des Kapitals mit einer sozialistischen Gesellschaft zu ersetzen.

Soziale Verbesserungen für Alle! Weg mit den Hartz-Gesetzen! Einführung eines sanktionsfreien Arbeitslosengeldes und einer Mindestrente von 750 € plus Warmmiete. Rentenalter auf 60 senken. Mehrwertsteuer und Rundfunkgebühr abschaffen! Wohnen, Bildung und Gesundheit in öffentliche Hand! Gesundheitszentren für jede Nachbarschaft! Zusammenfassung der Krankenkassen in eine öffentliche.

Gute Arbeit. Mindestlohn von 13€ ohne Ausnahmen. Volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Arbeitgeber. Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden die Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Leiharbeit abschaffen! Kopplung der Renten und Löhne an die Preisentwicklung.

Volle demokratische Rechte. Nein zu den Polizeigesetzen: Für volle Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Militär runter von unseren Straßen! Nazis bekämpfen, nicht befördern: Verfassungsschutz abschaffen! Nein zu jeder Form der Diskriminierung wegen Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung.

Frauen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung und öffentliche Kantinen in jeder Nachbarschaft. Weg mit den Abtreibungsparagrafen §218 und §219! Kampf der Pornographie, der Prostitution und dem Menschenhandel!

Jugend. Wahlrecht ab 16 Jahren. Eine Schule für Alle. Deutliche Anhebung der Ausbildungsgehälter auf mindestens 1.400€ brutto und garantierte Übernahme. Soziale Zentren in allen Stadtteilen. Umfassende Aufklärung und Kampf dem Drogensumpf!

Ökologie. Ausbau des Schienennetzes und kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr! Schluss mit Braunkohleabbau, Tiefseebohrungen, AKWs und Fracking. Jeden Job erhalten: Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung auf Kosten der Eigentümer. Entschädigungslose Enteignung und Verstaatlichung der Energiekonzerne! Demokratische Kontrolle über Pharma- und Lebensmittelindustrie! Investitionskontrollen nach sozialen und ökologischen Kriterien.

Eine Klasse – ein Kampf: Hoch die internationale Solidarität! Nein zur EU der Banken und Konzerne! Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Enteignung und ziviler Umbau der Rüstungsindustrie und Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung. Austritt und Auflösung der NATO! Nein zu Spaltung und Lohnrückerei: Wahl-, Bleibe- und Arbeitsrecht; Mindestlohn und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Alle!

Gewerkschaften. Nein zur Klassenkollaboration! Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften im Interesse der Verbesserung unserer Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen! Nein zu Privilegien für Funktionsträger: ständige Wahl- und Abwählbarkeit und einen durchschnittlichen Arbeiterlohn für Hauptamtliche. Für ein vollumfängliches Recht auf gewerkschaftliche Selbstorganisation und Streik. Einheitliche Tarifverträge: Kampf der Spaltung durch Leiharbeit, Befristungen, Ausgliederungen usw.

Geplant und demokratisch wirtschaften! Offenlegung der Geschäftsbücher der Banken und Konzerne. Schlüsselindustrien und Banken in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung. Für einen demokratisch entwickelten Plan zum Wohnungsbau; dem Ausbau von Sozialleistungen, Bildungs- und Gesundheitssystem; der gesellschaftlich sinnvollen Verteilung der Arbeit auf die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung und dem nachhaltigen, modernisierten und zivilen Umbau der Wirtschaft entlang der Bedürfnisse der lohnabhängigen Bevölkerung.

Immobilienkonzerne enteignen: Entschädigungslos!



Nadja Habibi

Der Wohnungsmarkt in Deutschland ist zur Hölle geworden. Eine gute Wohnung zu finden ist vor allem in Großstädten eine Ausnahme. In Hamburg sind die Mieten bei Neubezug oder Mieterwechsel in den letzten 10 Jahren um ungefähr 50% gestiegen. Auch steigen die Mieten nicht nur, sie steigen fast doppelt so schnell wie die Löhne. Dazu gibt es massiven Leerstand, der sinnvoll genutzt werden könnte, wäre da nicht das profitable Geschäft mit der Spekulation.

Enteignung als legitimes Mittel

Diese Prozentzahlen und Probleme sind nicht abstrakt, sondern tägliche Realität von Mietern. Deshalb ist es kein Wunder, dass Kevin Kühnert mit seinen Äußerungen darüber, dass es kein legitimes Geschäftsmodell sei mit dem Wohnraum anderer Menschen seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, auf offene Ohren stößt, dass die Kampagne „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ Zuspruch von über 50% der Berliner erhält, ist ein Ausdruck davon wie nötig Veränderung ist. Zuletzt hat diese Initiative für die Zulassung zum Volksbegehren 77.000 Unterschriften in einem Drittel der erforderlichen Zeit gesammelt, und das obwohl bloß 20.000 Unterschriften in sechs Monaten nötig gewesen wären. Enteignungen sind richtig und nötig, um die Wohnungsnot zu beenden. Mietkonzerne wie Deutsche Wohnen oder auch Vonovia, der größte private Mietkonzern in Hamburg, treiben bundesweit ihr Unwesen und überall sind Mieter von

Mietsteigerungen und Verdrängung betroffen. Auch kommunale Vermieter wie die SAGA-GWG arbeiten nach der Logik der Privatkonzerne und handeln nicht in unserem Interesse. Um uns dem entgegenzusetzen, müssen wir die Kampagne auf ganz Deutschland ausweiten.

Mieterinnen und Mieter organisieren

Um uns langfristig gegen Mietsteigerungen, schlechte Wohnverhältnisse oder Zwangsräumungen zu wehren, brauchen wir eine breite Organisation. Wir müssen den Aufbau von Mieterinitiativen und eine Vernetzung in den Städten und bundesweit vorantreiben. So können wir kollektiv für die Durchsetzung von Mieterrechten bis hin zu Mieterhöhungsboykotten kämpfen. Auch die Gewerkschaften müssen auf die Wut und Kampfbereitschaft der Mieter reagieren und die Frage von Wohnen als Kampagne und in Arbeitskämpfen aufnehmen, zum Beispiel die Frage von arbeitsnahem Wohnen oder Azubi-Wohnheimen. DIE LINKE müsste – mit bundesweit über 60.000 Mitgliedern – der Bewegung nicht nur hinterherhecheln, sondern ihre Ressourcen nutzen, an der Basis mobilisieren und eine schlagkräftige Kampagne für die Enteignung der großen Immobilienkonzerne im ganzen Bundesgebiet anstoßen.

Wie hast du's mit der Entschädigung?

Beteuerungen wie die der Berliner LINKE-Landesvorsitzenden Katina Schubert, dass Enteignungen ja nur mit

FORTSETZUNG AUF SEITE 7

MACH MIT BEI

Offensiv 
MARXISTISCHE ORGANISATION

 OFFENSIV_MARXISTEN  0178 1715539  OFFENSIV@GMX.NET
 OFFENSIV - MARXISTISCHE ORGANISATION  OFFENSIV-MARXSITEN.BLOGSPOT.COM